

# Beschluss

**des 52. Ord. Bundesparteitages der FDP, Düsseldorf, 4.-6. Mai 2001**

## **10-Punkte-Programm für den Aufbau Ost**

### **Offensive für Zukunftsinvestitionen in neuen Bundesländern starten – Abwanderung stoppen**

Die Freien Demokraten begreifen den Aufbau Ost auch zehn Jahre nach der deutschen Einheit noch als Chefsache. Der Streit zwischen Bundestagspräsident Wolfgang Thierse, Bundeskanzler Gerhard Schröder und dem eigentlich zuständigen Staatsminister Rolf Schwanitz offenbart, dass die rot-grüne Regierung kein stimmiges Konzept einer wirtschaftspolitischen Strategie vorlegen kann. Der Sonderbeauftragte für die neuen Länder Schwanitz hat nichts bewirkt. Der Bundeskanzler hat sich dieses Themas über einen "Alibiminister" entledigt. Aufbau Ost muss endlich wieder Thema der gesamten Bundesregierung werden. Die Vollendung der inneren Einheit bleibt Verfassungsauftrag.

Eine sachbezogene Diskussion kann ohne eine nüchterne Analyse nicht vorangehen. Wahrheit ist, dass 40 Jahre Entwicklung in der alten Bundesrepublik nicht in zehn Jahren aufgeholt werden können. Es gibt inzwischen die "Leuchttürme" im Osten, vor allem erfreuliche Wachstumsraten im verarbeitenden Gewerbe. Trotzdem bleibt der Osten bei den Wachstumsraten hinter dem Westen zurück, weil die industrielle Basis zu schwach ist und das Baugewerbe nicht mehr als Motor für den Konjunkturaufschwung läuft. Die Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland ist mehr als doppelt so hoch wie im Westen. Alarmierend ist der steigende Trend bei der Jugendarbeitslosigkeit, der langfristig einen selbsttragenden Aufschwung blockiert. Viele jüngere, gut qualifizierte Leute wandern ab.

Ostdeutschland kann noch nicht auf Förderung verzichten. Die bisherige Gesamtförderung muss nach 11 Jahren aber auf die verbliebenen Schwachstellen konzentriert werden. Ohne eine effektivere Wirtschaftspolitik, die auf die besondere Situation der neuen Bundesländer zugeschnitten ist, wird sich keine Aufwärtsbewegung einleiten lassen. Deshalb wollen die Liberalen eine "Offensive für Zukunftsinvestitionen in den neuen Bundesländern".

Wir fordern insgesamt eine stärkere Konzentration auf den Infrastrukturausbau sowie Wissenschaft und Forschung. Dabei ist sicherzustellen, dass die den Ländern und Gemeinden gewährte finanzielle Hilfe zum Ausbau der Infrastruktur auch in die geplanten investiven Verwendungen fließt.

## **I. Verkehrsinfrastruktur ausbauen**

Die Verkehrsinfrastruktur ist laut Untersuchungen namhafter Wirtschaftsinstitute immer noch ausbaubedürftig. Verkehrstechnisch günstigere Anbindungen gewährleisten eine Aufbesserung der Standortbedingungen für den Osten. Mittelständische Unternehmen profitieren von guten Transportwegen, Produktionskosten werden gesenkt. Eine gute Infrastruktur ist letztlich auch Schlüsselvoraussetzung für in- und ausländische Investoren. Schwerpunktmäßig müssen deshalb Verkehrsprojekte der Deutschen Einheit vorgezogen werden. Wir fordern Priorität für den Ausbau der Straßen von europäischer Bedeutung. Der Verkehrszuwachs im Zusammenhang mit der EU-Osterweiterung muss aufgefangen werden.

## **II. Wissenschaftliche Infrastruktur ausbauen**

Die wissenschaftliche Infrastruktur in den neuen Ländern bildet die Keimzelle für neue arbeitsplatzschaffende Wissensregionen. Eine leistungsfähige wissenschaftliche Infrastruktur ist dabei notwendige Voraussetzung, um attraktive Standortbedingungen für die Vernetzung mit der mittelständischen Wirtschaft herbeizuführen. Forschungseinrichtungen in den neuen Bundesländern sind hochqualifizierte Leistungsträger, die auch im weltweiten Wettbewerb bestehen können.

Dieser wissenschaftliche Vorteil muss in wirtschaftliche Vorteile umgemünzt werden. Durch eine stärkere Vernetzung zwischen Wissenschaft und Wirtschaft können rund um die ostdeutschen Hochschulen und Forschungsinstitutionen wirtschaftliche "Innovationsgürtel" entstehen. Das Ziel, Netzwerke des Wissens zu schaffen und hochtechnologische Arbeitsteilung auf engem Raum zu erreichen, verlangt eine beständige Schwerpunktsetzung auch durch die neuen Länder selbst. Durch ein Hochschulprogramm Ost müssen sowohl die baulichen Nachteile, als auch der personelle Rückstand von rund 15 % ausgeglichen werden.

Gemeinsam mit dem Bund müssen die neuen Länder für eine Schließung der Lücken in der wissenschaftlichen Infrastruktur sorgen. Die Kürzungen im Bundeshaushalt bei der Leibniz-Gemeinschaft um 1,5 % müssen schnellstens zurückgenommen werden, da namhafte wissenschaftliche Institute davon betroffen sind. Die Industrieforschung muss wieder gestärkt werden. Bioregio- und Innoregioprogramme sind richtige Schwerpunktsetzungen und sind zu verstärken.

## **III. Abwanderung junger Leistungsträger stoppen**

Ausbildungsplätze und die Chancen, im erlernten Beruf auch arbeiten zu können, sind für Jugendliche ein immer wichtigeres Kriterium ihrer Lebensplanung. Auch wenn in den neuen Bundesländern das betriebliche Ausbildungsplatzangebot leicht gestiegen ist, werden 70% der Jugendlichen vor allem in überbetrieblichen Bildungseinrichtungen ausgebildet. Die Lehrstellensituation insgesamt ist unbefriedigend. Nach wie vor sind hier Ausbildungsplatzprogramme des Bundes und der Länder erforderlich. Diese sind so auszurichten, dass eine Ausbildung am Markt vorbei verhindert wird. Die FDP favorisiert eine Berufsausbildung mit flexiblen Regelungen und einem Modulsystem, das auch Jugendlichen mit weniger guten

Leistungen oder Ausbildungsabbrechern die Chance bietet, die Berufsausbildung mit einem Abschluss zu komplettieren.

Darüber hinaus ist eine jährliche Anpassung des Gesamtkontingents an betrieblichen Ausbildungsplätzen erforderlich. Neue Berufsbilder sind schneller und unbürokratischer zu schaffen. Die Zulassungsverfahren dafür sind so zu verändern, dass sie den Anforderungen der Unternehmen folgen können.

Die Abwanderung gerade junger Menschen aus den neuen Bundesländern ist ein Zeichen dafür, dass die rot-grüne Bundesregierung das Problem der Jugendarbeitslosigkeit nicht ernst genug nimmt.

Ostdeutschland darf nicht zum „Altersheim“ der Republik werden. Die FDP fordert schnellere Anpassungen des Ausbildungssystems und die Unterstützung von Unternehmen, die neue Berufsbilder schaffen statt staatlicher Subventionierung der Abwanderung. Die Abwanderung junger Leistungsträger ist aber ebenso auch eine Herausforderung an die Wettbewerbsfähigkeit der Regionen in den neuen Ländern.

#### **IV. Mittelstandspolitik ist Arbeitnehmerpolitik**

Die bisherigen rot-grünen Bundesgesetze haben insbesondere dem noch schwächeren ostdeutschen Mittelstand nicht geholfen. Sowohl die Ökosteuer als auch die Gesetze zur Kriminalisierung der Selbständigkeit als Scheinselbständigkeit und zu den 630 DM-Jobs gefährden den Wirtschaftsstandort Ost. Sie gehören abgeschafft. Auch der Entwurf der Bundesregierung für eine Reform des Betriebsverfassungsgesetzes ist ein Schlag ins Gesicht der kleinen und mittelständischen Unternehmer und wird von den Liberalen abgelehnt. Die rot-grüne Steuerreform bevorteilt große Kapitalgesellschaften und nicht kleine mittelständische Unternehmen.

Die unfaire Konkurrenz für mittelständische Unternehmen und Existenzgründer durch ABM und Beschäftigungsgesellschaften ist zu reduzieren. Eine dauerhafte Lösung für die Arbeitsmarktprobleme Ostdeutschlands kann nicht über den zweiten Arbeitsmarkt geschaffen werden, sondern nur, wenn dauerhaft mehr Beschäftigung rentabel wird. Dafür sind Veränderungen im Tarifvertragsrecht notwendig, die betriebsnahe Regelungen zwischen Arbeitsgebern und Arbeitnehmern ermöglichen. Außerdem muss das Günstigkeitsprinzip dahingehend erweitert werden, dass der Erhalt von Arbeitsplätzen auch bei z.B. Verlängerung der Wochenarbeitszeit als für den Arbeitnehmer günstiger angesehen wird. Hingegen finden sich ABM-Teilnehmer zu rund zwei Drittel unmittelbar nach Ablauf der Maßnahme in der Arbeitslosigkeit wieder. Die Beschäftigungsquote von ABM-Teilnehmern ist nicht signifikant höher als diejenige von Nichtteilnehmern. Der überdimensionierte zweite Arbeitsmarkt ist deshalb allmählich zurückzuführen.

Die für 2005 geplante Entlastung des Mittelstandes im Rahmen der Steuerreform muss vorgezogen werden. Auch die beabsichtigte Verschlechterung der Abschreibungsregelungen (AfA-Tabellen) muss unterbleiben.

## **V. Bessere Chancen für Existenzgründer**

Die Mittelstandspolitik muss über eine Existenzgründeroffensive verstärkt werden. Die Zahl der Existenzgründungen ist seit 1993 dramatisch zurückgegangen. In keinem anderen Bereich gibt es einen derartigen Handlungsbedarf, um an die Selbständigenquote der alten Bundesländer anzuschließen. Deshalb müssen dringend folgende Punkte vorangebracht werden:

- Besser aufeinander abgestimmte und – wo möglich – gestraffte staatliche Förderprogramme mit dem Ziel, zu einem einfachen und unbürokratischen Förderprogrammangebot für alle Existenzgründer zu kommen.
- Die deutsche Ausgleichsbank als Mittelstandsbank des Bundes muss zum zentralen Ansprechpartner für alle Existenzgründer auf Bundesebene werden. Die von den Ländern getragenen Förderinstitute müssen enger mit der Deutschen Ausgleichsbank kooperieren. Eine sinnvolle konkrete Produktkoppelung zwischen Bundesinstitut und den einzelnen Länderinstituten ist herzustellen.
- Steuerliche Gleichstellung von Kapitalgesellschaften, Personengesellschaften und Einzelpersonen bei der Veräußerung von Beteiligungen. Es kann nicht sein, dass Kapitalgesellschaften ihre Beteiligungen nach einem Jahr steuerfrei veräußern können, während Personengesellschaften und Einzelpersonen ihre Veräußerungserlöse versteuern müssen.
- Bei Genehmigungsverfahren ist die Anzahl an Vorschriften und zuständigen Behörden zu verringern und zentrale Ansprechpartner sind in den entsprechenden Behörden zu benennen, die den Unternehmen bei den Antrags- und Genehmigungsverfahren kompetent zur Seite stehen.

## **VI. Wohnungsbau und Eigentumsentwicklung stärker fördern**

Die FDP fordert ein Programm zur Beseitigung der Strukturkrise am Wohnungsmarkt Ost. Kernpunkte dieses Programms sind:

- Streichung der Altschulden der Wohnungswirtschaft Ost bei dauerhaftem Leerstand von mehr als 5 % des Bestandes.
- Ein 1-Milliarde-Mark Sonderprogramm über 3 Jahre – aus dem Erblastentilgungsfond dotiert - mit dessen Hilfe sinnvoller Abriss und städtebauliche Ergänzungsmaßnahmen ermöglicht werden.
- Öffnung der vorhandenen KfW- sowie Städtebauförderungsprogramme für strukturverbessernde Maßnahmen. (Wohnumfeldverbesserung)
- Stärkung der Nachfrage durch eine Wohngelderhöhung in Höhe von 900 Millionen Mark durch Umlenkung von Fördermitteln des Bundes für den Sozialen Wohnungsbau.
- Beseitigung fiskalpolitischer Hindernisse zur Erleichterung des Strukturwandels, z.B. befristete Befreiung von Grunderwerbssteuer bei

Strukturbereinigungsverkäufen oder die befristete Aufhebung der 3-Objekte-Grenze zugunsten kleiner Privatvermieter.

- Zulassung der sogenannten Verwertungskündigung sowie weitere Liberalisierungsschritte bei der aktuellen Novellierung des Mietrechts.

## **VI. Stärkung des Rechtswesens**

Die Länder sind aufgefordert, die Gerichte besser auszustatten sowie die Zahl der Richterstellen angemessen zu erhöhen. Die Verfahrensabwicklung ist zu straffen, damit die Bürger schneller zu ihrem Recht kommen. Derzeit entfallen pro Jahr auf jeden Richter an den Amtsgerichten rund 800 Verfahren, was zu unzumutbaren Wartezeiten für Kläger und Beklagte führt. Schließlich muss erreicht werden, dass die Zwangsvollstreckung deutlich beschleunigt wird.

## **VII. Grenzlandkonzept vorlegen**

Die Bundesregierung wird aufgefordert, umgehend ein nationales Grenzlandkonzept vorzulegen, das sicherstellt, dass die Grenzregionen dem erhöhten Anpassungsdruck, der von der EU-Osterweiterung ausgeht, standhalten können. Im Zuge der EU-Osterweiterung müssen sich die neuen Länder von einer Randregion zu einer europäischen Verbindungsregion entwickeln können.

## **IX. Solidarpakt II und Länderfinanzausgleich**

Im Sinne der Hilfe zur Selbsthilfe haben zum Solidarpakt II Bund und Länder gemeinsam ihren Beitrag zu leisten. Dabei würden nach den Vorstellungen der FDP zur Neugestaltung des Länderfinanzausgleichs die Ziele des Solidarpakts II automatisch innerhalb des Länderfinanzausgleichs Berücksichtigung finden. Denn den ostdeutschen Bundesländern stünden aufgrund ihrer Leistungsschwäche, die in der nicht annähernd gleichen Wirtschaftskraft ihre Ursachen hat, rechtlich gesichert die notwendigen Mittel zu. Innerhalb der neuen Länder muss allerdings zwischen den einzelnen Regionen nach ihrer spezifischen Wirtschaftskraft stärker als bisher differenziert werden.

Die Zuweisungen aus dem Solidarpakt II an die neuen Länder sollen degressiv und in Form zeitlich befristeter Programme gestaltet sein. Sie haben anfangs ein Volumen, das den aktuellen Transfers im Rahmen des Solidarpakts I entspricht. Jeweils zur Hälfte der Programmzeit sollen die Programme begutachtet und überlappend für einen weiteren Dreijahreszeitraum verlängert werden. Im Zuge dieses Prozesses wird die Degression bestimmt.

Eine stärkere Differenzierung beim Länderfinanzausgleich gibt auch dem Wettbewerb zwischen den neuen Ländern eine neue Bedeutung. Die neuen Länder brauchen die Chance, neue Wege zu gehen und nach unkonventionellen Lösungsmöglichkeiten zu suchen. Politische Entscheidungen und Ergebnisse müssen für die Bürger in einem erkennbaren Zusammenhang stehen. Daher ist ein Anreiz zur Orientierung auf wirtschaftliche Mittelverwendung und Investitionen mit maximaler Hebelwirkung zu etablieren.

## **X. Niedrigsteuergebiet Gesamtdeutschland**

Ein niedrigeres, einfacheres und gerechteres Steuersystem stand und steht für die FDP im Vordergrund und nicht die isolierte Abschaffung des Solidaritätszuschlags.

Die FDP will eine Steuersenkungspolitik für ganz Deutschland. Im Vordergrund steht dabei die Einführung des Dreistufentarifs von 15%, 25% und 35% als einheitlicher Steuertarif für alle Einkunftsarten.